

# FÖDERALISMUSREFORM LÄNGST ÜBERFÄLLIG - MUSS ABER NACHGEBESSERT WERDEN

*Rede von Volker Ratzmann zur Aktuellen Stunde der 82. Plenarsitzung am 9.3.2006*

Anrede,

zu Beginn ein klares Ja zur Föderalismusreform. Wir brauchen sie, weil der Ausbau des Bundesrates zur landespolitischen Oppositionskammer unerträglich geworden ist, weil in diesem Land niemand mehr weiß, wer eigentlich für welche Schweinerei verantwortlich ist, weil die Internationalisierung der Politik schnellere Entscheidungsstrukturen verlangt.

Wir Grüne wollen sie. Wir wollen eine Reform, die Blockaden überwindet und die die Transparenz von Entscheidungsprozessen erhöht. Es darf nicht mehr sein, dass die schwarz-gelben Länder über den Bundesrat regelmäßig den Abbau von Steuervorteilen im Bundesrat verhindern und unser Herr Lindner sich hier im Namen der FDP als Subventionsterminator aufspielt. Politische Verantwortung muss wieder klar erkennbar werden.

## **Mehr Kompetenzen für Landesparlamente**

Und wir sind mit dem, was jetzt auf dem Tisch liegt, auch in den meisten Punkten einverstanden. Die Leistung, die in diesem Werk steckt, muss man anerkennen. Wir werden weniger Gesetze haben, bei denen der Bundesrat mitreden muss – das wird helfen. Wir Landesparlamente kriegen mehr Kompetenzen, wir werden mehr selbst entscheiden können, was uns direkt angeht, das Ladenschlussrecht etwa. Warum soll zentral geregelt werden, wann in Mecklenburg-Vorpommern die Läden schließen? Natürlich brauchen München und Berlin andere Gestaltungsmöglichkeiten als Buxtehude. Das leuchtet ein, dass das besser vor Ort geregelt werden kann.

Wir sollen zukünftig selber regeln können, was unsere Beamten verdienen. Und – was vielleicht noch wichtiger ist – wir können die Altersversorgung und die Laufbahnen regeln. Ein erster Schritt hin zu mehr Flexibilität, endlich. Die Angst vor einem Besoldungssog in den Süden ist groß. Einige sehen ja schon die Beamtenkarawanen nach Süden ziehen. Völliger Quatsch, dass wird nicht passieren. Diese Öffnung ist im Sinne von Berlin.

Das hat auch das Abgeordnetenhaus immer so gesehen. Wir haben uns mehrfach dazugeäußert. Und wir gewinnen in Berlin natürlich doppelt. Mehr allgemeine Kompetenzen und die Hauptstadt Klausel. Und Herr Zimmer, da darf man jetzt mal nicht kleinlich sein. Hätte man anders machen können, klar. Ich hab auch immer an unserem Regierenden rumgemeckert. Aber das hat er nun mal gut hingekriegt zusammen mit anderen Berliner Abgeordneten im Bundestag, Herrn Löhning, Herrn Gewalt, Frau Eichstädt-Bohlig. Die hat die Zusammenarbeit angeschoben. Und dafür kann man die Beteiligten auch mal loben.

Es ist klar, bei einem so umfangreichen Vorhaben, kann es nicht nur Gewinner geben. Die Interessengruppen sind zu vielfältig. Mir blutet das Herz beim Versammlungsrecht, Herr Körting freut sich. Wir werden sehen, was kommt, aber daran kann man es nicht scheitern lassen.

### Nachbesserungen notwendig - Keine bildungspolitische Kleinstaaterei

Allerdings gibt es Punkte in der Föderalismusdiskussion, die sind elementar für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Republik. Auch wenn diese Verfassungsfragen weit weg vom Alltagsleben scheinen und so richtig erotisierend wohl nur für diese sonst so verknöcherten Verfassungsjuristen sind. Aber was da an Neuregelungen in Bezug auf den Strafvollzug, auf das Umweltrecht und die Bildung vorgesehen ist, wird sich direkt im Alltag auswirken. Wenn wir 16 Strafvollzugsgesetze haben, die von der Finanznot der Länder diktiert sind, wird die Republik unsicherer werden. Wenn wir ein zersplittertes Umweltrecht haben, ist das nicht nur ein wirtschaftlicher Standortnachteil, wir werden auch unter dem Dreck unserer Nachbarn zu leiden haben, weil die ihre Standards gesenkt haben. Die Umweltverschmutzung macht nicht an Ländergrenzen halt, Tschernobyl lässt grüßen. Wir wollen gemeinsame Standards für die ganze Republik.

Und den größten Unsinn gibt es in der Bildungspolitik. Als ob es Pisa nie gab. Da reist der UN-Sonderberichterstatte Muñoz durch Deutschland und geißelt die bildungspolitische Kleinstaaterei und die Landesfürsten wollen das noch verstärken. Da schiebt der Bund nach den verheerenden Ergebnissen Sonderprogramme für Schulen an, startet eine Exzellenzinitiative für die Unis, nachdem die Länder nicht zu Potte gekommen sind, und jetzt wird er ausgebootet: Keine Finanzierungshilfen mehr vom Bund, keine Sonderprogramme, kein Ganztagschulprogramm, noch nicht einmal eine Festlegung gemeinsamer Bildungsstandards für alle Länder. Aber mobil sollen wir sein über die ganze Republik. Dabei wird der Schulwechsel von Berlin nach Barcelona demnächst leichter sein als nach Berchtesgaden.

Gerade in Berlin werden wir auf die ausgleichende Hilfe des Bundes kaum verzichten können. Wenn Schulen bei Integration und Sprachförderung mehr leisten sollen, ist das eine überdurchschnittliche Belastung. Ohne zusätzlich Unterstützung ist das schwer zu schaffen. Doch dem Bund sind dann die Hände gebunden, hier direkt vor seiner Haustür müsste er tatenlos zugucken. Das ist doch absurd. Das kann man doch keinem mehr erklären und das werden wir nicht hinnehmen.

### Sauberes parlamentarisches Verfahren

Mit der Föderalismusreform werden Weichen für die nächsten Jahrzehnte gestellt. Da sollte ein sauberes parlamentarisches Verfahren im Bundestages selbstverständlich sein. Genau das Gegenteil ist geplant. Es war im Gespräch, morgen an einem Tag alles in Bundestag und Bundesrat zu entscheiden. Jetzt gibt es gerade noch eine Beratung im Rechtssausschuss. So groß ist die Angst, dass das nicht hält.

Ja, richtig, wir hatten bereits die Föderalismuskommission, die ist an der Bildungsfrage geplatzt. Dann hat die große Koalition hinter verschlossenen Türen verhandelt – und plötzlich soll es gehen? Da tauchen doch Fragen auf. Und die sollen nicht beraten werden? Was ist da los. Und Sie, Herr Wowereit, vorne weg: Bloß das Paket nicht mehr anfassen. Wenn das so fragil ist, kann es doch nichts taugen. Swen Schulze, Wolfgang Thierse, Klaus-Uwe Benneter schießen aus allen Rohren gegen das Paket – das ist doch nicht nur bildungspolitischer Aschermittwoch! Die finden das alle gruselig, was da vereinbart wird und vor allem welcher Druck von Seiten der Ministerpräsidenten gemacht wird. Und von den Ministerpräsidenten kommen keine inhaltlichen Argumente, nur machtpolitische.

Ich habe auch von Ihnen, Herr Wowereit, noch keine inhaltlich Aussage dazu gehört. Sind Sie wirklich davon überzeugt, was da auf dem Tisch liegt? Glauben Sie wirklich, die Länder sind sich so einig? Ich sehe das nicht. Wir erleben doch gerade in Karlsruhe, wie wenig freigebig die anderen Ländern sind, wenn es darum geht Sonderlasten auszugleichen. Wir haben gesehen, wie schwerfällig die Maschine KMK in ihren Reaktionen ist. Einstimmigkeitsprinzip – wie soll das funktionieren? Nicht umsonst

haben die Länderchefs darauf gedrungen, dass in der Verfassung nur vom internationalen Vergleich die Rede ist, nicht vom nationalen. Die wollen keine gemeinsamen Bildungsstandards. Das kann – nein das darf man so nicht akzeptieren!

Und deshalb sagen wir: Lassen sie uns dafür sorgen, dass in den Ausschüssen des Bundestages wenigstens diese Fragen noch mal debattiert werden. Es kann nicht sein, dass die Landesfürsten jetzt auch noch die Marschrichtung im Bundestag fest zurren. Das wäre wirklich eine völlige Verkehrung der Machtverhältnisse. Das ist wirklich nicht mehr hinnehmbar, nicht mit uns!

Wir haben die Chance noch etwas zu verändern. Lassen sie uns hier aus dem Abgeordnetenhaus deutlich formulieren:

- Wir wollen die Beratung in den Ausschüssen des Bundestages.
- Wir wollen, dass in Art 91 b des Grundgesetzes weiter die Möglichkeit eröffnet wird, mit Hilfsprogrammen Sondersituationen auszugleichen.
- Wir wollen über Art 104 a GG wieder die Möglichkeit eröffnen, dass besondere Situationen auch ausgeglichen werden können und der Bund auch national Bildungsstandards evaluieren kann.
- Und wir wollen, dass die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug beim Bund bleibt.

Das wäre eine Initiative, die der Zukunftsfähigkeit der gesamten Republik dient. Und deshalb können wir als Hauptstadt und Land dieses Signal aussenden. Lassen sie uns gemeinsam dafür streiten.